

# Deutsche Gesellschaft für Gerontopsychiatrie und -psychotherapie e.V.



DGGPP e.V., Postfach 1366, 51657 Wiehl

Herrn Bundesminister Hermann Gröhe  
Bundesministerium für Gesundheit  
Friedrichstraße 108  
11017 Berlin

15. Oktober 2015

Sehr geehrter Herr Minister Gröhe,

Deutschland hat mit dem Altenpflegeberuf schon vor Jahren einen Beruf geschaffen, der auf Grund seiner speziellen Ausbildungsinhalte hervorragend auf die Pflege von Älteren, besonders auch demenzkranken Menschen, abgestimmt ist und inzwischen weltweit von Fachleuten als vorbildlich angesehen wird. Jetzt soll der Altenpflegeberuf und mit ihm die Gesundheits- und Krankenpflege sowie die Kinderkrankenpflege nach dem Willen von Bund und Ländern abgeschafft und zu einem Beruf zusammengelegt werden. Die Politik hofft so, u.a. den Pflegeberuf attraktiver zu machen und mehr Fachpersonal zu gewinnen.

Einen Beleg für diese Hoffnung gibt es nicht. Durch gemeinsame Aktionen ist es in den letzten Jahren gelungen, die Attraktivität des Altenpflegeberufes zu steigern und mehr Auszubildende zu gewinnen. Allein in Nordrhein-Westfalen wird sich die Zahl der Altenpflegeschüler von 2012 bis 2016 auf etwa 17.300 fast verdoppeln. Kritiker befürchten jetzt, dass wegen der neuen Ausbildung weniger Auszubildende in die Altenpflege kommen und so den schon jetzt bestehenden großen Personalmangel bei den Heimen und ambulanten Diensten weiter verschärfen werden.

Bislang existierten keine genauen Zahlen zur Auswirkung der sogenannten „generalistischen Ausbildung“ auf die jetzt und in Zukunft noch mehr benötigten Altenpflegespezialisten. Die Deutsche Gesellschaft für Gerontopsychiatrie und -psychotherapie e.V. (DGGPP) hat mit Unterstützung der Schulen jetzt die bislang größte Befragung von rund 8.000 AltenpflegeschülerInnen durchgeführt und zum Welt-Alzheimerstag erste Ergebnisse veröffentlicht. Weitere Informationen über Inhalte und Ablauf der Befragung senden wir Ihnen gerne zu. Die wichtigsten Ergebnisse:

-Wer sich für Altenpflege und die Altenpflegeausbildung entscheidet, macht das sehr überlegt. 93 % der Befragten geben an, dass sie sich ganz bewusst für die Arbeit mit den alten Menschen entschieden haben.

-37% der Schüler würden unter den Bedingungen der generalistischen Ausbildung (mit Theorie- und Praxis-Einheiten in der Kranken- und Kinderkrankenpflege) die Ausbildung nicht mehr machen wollen.

## Geschäftsstelle

DGGPP e.V.  
Postfach 1366  
51657 Wiehl  
Tel.: 02262/797683  
Fax: 02262/999 9916  
GS@dggpp.de

## Vorstand

Prof. Dr. med. H. Gutzmann  
Berlin  
Präsident

PD Dr. med. M. Haupt  
Düsseldorf  
Vizepräsident

R. Kortus  
St. Ingbert  
Schatzmeister

Dr. med. D. K. Wolter  
Flensburg  
Schriftführer

Prof. Dr. med. G. Adler  
Mannheim

Dr. med. B. Baumgarte  
Gummersbach

Dr. med. L. M. Drach  
Schwerin

Prof. Dr. med. T. Supprian  
Düsseldorf

PD Dr. med. C. Thomas  
Stuttgart

## Wissenschaftl. Beirat

Prof. Dr. med. H. Förstl  
München

Prof. Dr. med. G. Heuft  
Münster

Prof. Dr. med. S. Kanowski  
Berlin

Prof. Dr. med. H.-J. Möller  
München

Prof. Dr. med. H. Radebold  
Kassel

## Bankverbindung

Deutsche Apotheker- und  
Ärztbank Saarbrücken  
IBAN:  
DE07300606010003626377  
BIC-SWIFT:  
DAAEDED

[www.dggpp.de](http://www.dggpp.de)

- 18 % würden nach einer generalistischen Ausbildung (die dann eine Wahlmöglichkeit bietet) direkt in die Krankenpflege gehen, 44% wollen weiterhin in der Altenpflege arbeiten, der Rest (38%) ist noch unentschieden.

**Die optimistische Annahme, dass die Zusammenlegung der Pflegeberufe zu mehr Interesse an und mehr Auszubildenden in der Altenpflege führt, wird durch die Untersuchung nicht gestützt – vielmehr scheint das Gegenteil der Fall zu sein.**

Leider war bislang die DGGPP und wohl die Medizin insgesamt, nicht in die Diskussion um dieses wichtige Zukunftsprojekt „Pflegeausbildung“ eingebunden. Auch unser Angebot, an dem Workshop am 20.6.2014, der vom BMG gemeinsam mit dem BMFSFJ ausgerichtet wurde, teilzunehmen, wurde leider abgelehnt.

Die DGGPP hat im Sommer in einer Umfrage bei ChefärztInnen der Kinderkliniken in Deutschland eine breite Unterstützung ihrer Position erfahren. Die Deutsche Gesellschaft für Neonatologie und Pädiatrische Intensivmedizin e.V. äußert in einem Schreiben vom 11.9.2016 die Ablehnung der Zusammenlegung der Pflegeberufe.

Der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Kinder und Jugendmedizin, Prof. Dr. Ertan Mayatepek, hat im Rahmen der Eröffnungsfeier der 111. Jahrestagung der DGKJ im September 2015 in Leipzig erklärt, dass aus seiner Sicht die große Gefahr besteht, dass es im Rahmen einer Generalisierung der Berufsausbildung zu einem Verlust der Expertise „Gesundheits- und Kinderkrankenpflege“ und zu einem weiteren Fachkräftemangel in der ambulanten und stationären Kinderkrankenpflege kommen wird.

Man muss kein Pflegeexperte sein, um zu begreifen, dass die Zusammenlegung drei hochspezialisierter Berufe mit jeweils 3-jähriger theoretischer und praktischer Ausbildung zu einem Pflegegeneralisten führt, der - wie bisher 3 Jahre ausgebildet - auch nicht annähernd über die bisher vorhandenen und benötigten Kenntnisse und Erfahrungen verfügt. Es kommt auch niemand auf die Idee, sein Haus vom Baugeneralisten bauen zu lassen, er beauftragt Maurer, Elektriker und Maler.

Aus Sicht der Gerontopsychiatrie benötigen wir zur Bewältigung des demografischen Wandels, der mit einer dramatischen Zunahme von Demenzerkrankten einhergehen wird, die speziellen sozialpflegerischen Kompetenzen der Altenpflege und die erprobte Fachkompetenz der Krankenpflege. Wir möchten Sie recht herzlich bitten, dafür zu sorgen, dass auch medizinische Fachkompetenz in die Diskussion eingebunden wird.

Vor dem Hintergrund der großen Bedeutung der Pflegeberufeausbildung für die pflegerische und medizinische Versorgung in unserem Land wäre aus Sicht der DGGPP vor einer politischen Entscheidung eine Risiko-Analyse sinnvoll, bei der alle bislang benannten Finanzierungs- und Umsetzungsprobleme ergebnisoffen bewertet werden.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. med. Hans Gutzmann  
Präsident der DGGPP

Gleichlautende Schreiben an:

Die zuständigen Bundes- und LandesministerInnen sowie die mit dem Verfahren befassten SprecherInnen der Parteien in Bundes- und Landtagen